



Dieter Dowe

Von der Arbeiterpartei zur Volkspartei

Programmentwicklung der
deutschen Sozialdemokratie
seit dem 19. Jahrhundert



Reihe
**Gesprächskreis
Geschichte**
Heft 71

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Dieter Dowe

**Von der Arbeiterpartei zur Volkspartei
Programmentwicklung der deutschen
Sozialdemokratie seit dem 19. Jahrhundert**

Vortrag im Historischen Zentrum in Wuppertal
5. Juni 2007

Herausgegeben von Dieter Dowe
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn

Tel.: 0228 – 883-473

E-mail: Doris.Fassbender@fes.de

<http://library.fes.de/history/pub-history.html>

© 2007 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Bonn (-Bad Godesberg)

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Herstellung:

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2007

ISSN 0941-6862

ISBN 978-3-89892-718-5

Von der Arbeiterpartei zur Volkspartei Programmentwicklung der deutschen Sozialdemokratie seit dem 19. Jahrhundert

„Wenn ein einziges Exemplar unserer 17 Punkte“ – der „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“ – hier verbreitet würde, so wär’ hier alles verloren für uns.“ So schrieb Friedrich Engels zu Beginn der Revolution von 1848 aus Barmen an seinen Freund Karl Marx (25.4.1848). Er sah also, dass ihr Denken in seiner Heimat keinerlei Chance zur Annahme hatte. Und das hätte ebenso für ihr gemeinsam verfasstes Kommunistisches Manifest, eines der ersten programmatischen Dokumente der frühen Sozialdemokratie, Geltung gehabt.

Wenn ich im Folgenden einen Überblick über die programmatische Entwicklung der SPD, der ältesten unserer Parteien biete, so gleicht das angesichts des Zeitraums von etwa 160 Jahren seit der 48er Revolution einem Parforce-Ritt. Gilt es doch die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit extrem unterschiedlichen Systemen im Auge zu behalten – 48er Revolution, Deutscher Bund, Kaiserreich, Weimarer Republik, nationalsozialistische Diktatur, alte und neue Bundesrepublik. Hat die SPD im Wandel der Zeiten ihre Identität bewahren können, und, wenn ja, wo liegt dann diese Identität? Natürlich kann ich hier und heute die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen der Entwicklung der Sozialdemokratie nur kurz streifen.

Die deutsche Sozialdemokratie entwickelte sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts als umfassende *Emanzipationsbewegung* der Arbeiterschaft, die sich im Zuge der Industrialisierung herausbildete. Einige Stichworte mögen die Bedingungen hierfür erhellen, die aufeinander einwirkten: Auflösung feudaler Bindungen und Sicherungen; Einsetzen industrieller Großproduk-

tion, z.B. Fabriken; schnelles Bevölkerungswachstum; die sog. „Bauernbefreiung“; Aufhebung des Zunftzwanges; Einführung der Gewerbefreiheit; Zukunftsängste im Handwerk; Verelendung breiter Volksschichten.

Erst nach 1900 wirkte sich die Ausweitung des industriellen Bereichs mit dem Übergewicht ungelernter Arbeiter für die Sozialdemokratie aus. Erst langsam konnte sie dann die neuen Mittelschichten an sich heranziehen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg reagierte sie auf den zurückgehenden Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung und die Zunahme des Dienstleistungsbereichs. Dies führte zu einer Umorientierung von einer proletarischen Klassenpartei mit revolutionärem Anspruch zu einer auch breite Schichten des Bürgertums erfassenden, reformorientierten Volkspartei, in deren Fokus die arbeitenden Menschen stehen. Heute stellen sich auf Grund demographischer Entwicklung und zunehmender Globalisierung, Auflösung bestehender Netze, Entsolidarisierung und Individualisierung für die SPD und für alle Großorganisationen wie Gewerkschaften und Kirchen ganz neue Herausforderungen, auf die die SPD mit dem geplanten Hamburger Programm von Oktober 2007 Antworten zu geben versucht. Der Weg von der Revolution von 1848 ins 21. Jahrhundert war weit und nicht ohne Brüche und Schlaglöcher und doch wiederum auch nicht ohne gewisse Kontinuitätslinien. Danach wollen wir Ausschau halten.

Bereits zwischen den beiden ersten deutschen Arbeiterorganisationen, dem 1847 von Marx und Engels mitgegründeten geheimen „*Bund der Kommunisten*“ und der 1848 entstandenen ersten Massenorganisation deutscher Arbeiter, der „*Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung*“, herrschte ein Dualismus – ein Dualismus von sozialer Revolution und sozialer Reform, von proletarischem Klassenbewusstsein und an bürgerlichen Leitbil-

dern ausgerichtetem Standesbewusstsein. Das Kommunistische Manifest, das Marx und Engels als Programm für den *Bund der Kommunisten* schrieben, bezweckte „den Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und Privateigentum.“ Als kurze Übergangsstufe zu dieser klassenlosen Gesellschaft war eine „Diktatur des Proletariats“ gedacht. Diese wurde allerdings radikal-demokratisch verstanden, nämlich als Diktatur „der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl“, nicht aber, wie später bei Lenin, als Diktatur einer revolutionären Avantgarde über die Bevölkerung.

Im Gegensatz zum 1850 aufgelösten Kommunistenbund wollte die 1848-54 bestehende *Arbeiterverbrüderung* auf organisatorisch legaler Basis ihre sozialen und politischen Forderungen durch Reformen innerhalb der bestehenden Gesellschaft durchsetzen. Dazu gehörten kostenloser Unterricht, Beseitigung der indirekten Steuern, wie der Mahl- und Schlachtsteuer und der Salzsteuer, Sorge für Arbeitsunfähige, Arbeitszeitverkürzung, Koalitionsfreiheit, also die Freiheit zum Zusammenschluss, und Produktionsgenossenschaften mit Staatskredit. Diese Forderungen wurden nach der Niederwerfung der 1848er Revolution und der darauf folgenden Reaktionszeit 1863 von Ferdinand Lassalle zum Teil wieder aufgenommen.

Der von diesem bürgerlichen Intellektuellen mit gegründete *Allgemeine Deutsche Arbeiterverein* (kurz ADAV) entwickelte sich im Zusammenhang mit den Klassenkämpfen der folgenden Jahre zur ersten deutschen Arbeiterpartei, weshalb die SPD 1863 als ihr Gründungsjahr ansieht. Als politische Hauptforderung vertrat der ADAV - wie die deutsche Sozialdemokratie insgesamt bis zur Weimarer Verfassung von 1919 – die Ersetzung des reak-

tionären preußischen Drei-Klassen-Wahlrechts durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht – bis 1875 allerdings nur für Männer –, um die Demokratisierung des Staates erkämpfen zu können. Von dieser Grundlage aus sollte die wichtigste soziale Forderung des ADAV verwirklicht werden, die Gründung von Produktivgenossenschaften mit Staatskredit. Diese Forderung war bis zur Ausbreitung des Marxismus in den 1880er Jahren – nicht nur bei Arbeitern ohne berufliche Perspektive – äußerst volkstümlich, ebenso wie zwei weitere Lassallesche Schlagworte. Gemeint sind das sog. „eiserne Lohngesetz“, nach dem die Unternehmer den Arbeitern im Durchschnitt immer nur so wenig Lohn zahlen, wie zur Erhaltung der Arbeitskraft unbedingt notwendig ist, und die Forderung nach dem „vollen Arbeitsertrag“, den die Arbeiter sich sichern sollten.

Ebenfalls in den 1860er Jahren entwickelte sich die „*Sozialdemokratische Arbeiterpartei*“ August Bebels und Wilhelm Liebknechts. Sie bekämpfte zwar den ADAV mit allen Mitteln, wies aber dennoch in ihrem *Eisenacher Programm von 1869* neben einigen demokratischen Forderungen auch wesentliche lassalleanische Vorstellungen auf. Keineswegs ist das Programm als marxistisch zu bezeichnen, wie früher in der DDR immer behauptet wurde. Unterschiede zum ADAV lagen vor allem in der demokratischen Organisationsform, der vorbehaltlosen Unterstützung der Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung, der Stellung zur nationalen Frage. Diese Unterschiede wurden aber vor allem durch die Klassenkämpfe, die Gründung des Deutschen Reiches 1871 und die behördlichen Unterdrückungsmaßnahmen eingebettet.

1875 gelang schließlich die Einigung der deutschen Sozialdemokratie. Die Lassalleaner und die Eisenacher schlossen sich zur *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* zusammen und ga-

ben sich ein neues Programm, das *Gothaer Programm*. Das entsprach mit seiner Mischung aus alten demokratischen Formeln und hie und da übernommenen Marxschen *und* Lassalleschen Begriffen offenbar durchaus dem Denken und Fühlen der Mitglieder von der Basis bis zu den Parteiführern. Zum ersten Mal wird hier für *alle* Staatsangehörigen das Wahl- und Stimmrecht auf allen Ebenen postuliert. Der Widerspruch, den Marx und Engels gegen das Gothaer Programm einlegten, schlug erst 16 Jahre später voll durch, als die nach zwölfjährigem Verbot durch das „Sozialistengesetz“ wieder zugelassene Partei sich unter dem neuen Namen „*Sozialdemokratische Partei Deutschlands*“ auch programmatisch erneuerte.

Das *Erfurter Programm von 1891*, das die meisten sozialistischen Parteiprogramme in Europa beeinflusste, spiegelte den Siegeszug des Marxismus in der Arbeiterbewegung der 1880er Jahre wider, der in diesen Jahren der Unterdrückung zu *der* richtungsweisenden Theorie der deutschen Sozialdemokratie geworden war. Die aus Staat und Gesellschaft Ausgestoßenen empfanden ihr Los als erträglicher durch die ihnen vermittelte Gewissheit vom zwangsläufigen Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft und vom unaufhaltsamen Sieg des Sozialismus.

Dem entsprach der erste, von Karl Kautsky in Abstimmung mit Engels verfasste allgemeine Teil des Erfurter Programms. Hier wurde zum erstenmal in einem Parteiprogramm eine kausale Verknüpfung von Analyse und Prognose der Entwicklung der Gesellschaft mit der sozialistischen Zielsetzung formuliert. Es schien so, als werde die erhoffte Revolution ohne direkte revolutionäre Aktionen des Proletariats, also ohne eigenes Zutun, von selbst eintreten. Der zweite, von Eduard Bernstein verfasste Teil des Erfurter Programms beinhaltete die Gegenwartsforderungen der SPD, die zum Teil auch innerhalb der Gesellschaft

des Kaiserreichs zu erfüllen waren. Dazu gehörten die Forderungen nach einer Arbeitsschutzgesetzgebung. Nicht zu übersehen ist ein gewisser Gegensatz zwischen der Ablehnung des bestehenden Staates im ersten Teil des Programms und der Anerkennung dieses Staates im zweiten Teil, ohne die die Forderungen sinnlos waren. Die radikale Sprache des ersten Teils war charakteristisch für das ausgesprochen revolutionäre Pathos, das bis in die Weimarer Republik die überwiegend reformistische Politik der SPD überdeckte.

Der Grund für dieses Auseinanderklaffen lag in widersprüchlichen Erfahrungen der Arbeiter: Der grundsätzlichen Verweigerung der Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft standen seit den 1880er Jahren ein wirtschaftlicher und sozialer Aufwärtstrend und begrenzte Anzeichen einer rechtlichen Verbesserung der Lage der Arbeiter gegenüber. Armee, Schule und selbst das Vereinswesen – im Prinzip *die* Rückzugsbastion der Arbeiter – wirkten in Richtung auf die Einbeziehung der Arbeiter in den bestehenden Staat. Die Mitarbeit von Partei- und Gewerkschaftsvertretern in den verschiedenen politischen und sozialen Vertretungskörperschaften wie etwa den Krankenkassen lenkte ebenfalls den Blick mehr auf kurzfristig zu erreichende Ziele als auf das revolutionäre Zukunftsziel. Sprunghafte Stimmengewinne bei den Reichstagswahlen, die 1912 die SPD zur stärksten Partei werden ließen, schwächten revolutionäres Denken und verstärkten die Ausrichtung auf gesetzmäßiges Handeln.

Einen *grundsätzlichen* Angriff auf die offizielle Parteiideologie führte Eduard *Bernstein*. Er lehnte einige zentrale Dogmen des Marxismus ab: Bernsteins Meinung nach waren die Klassengegensätze *nicht* „naturnotwendig“, das Proletariat verelende *nicht* zwangsläufig in fortschreitendem Maße, und die bürgerliche Gesellschaft werde *nicht* mit Notwendigkeit bald zusammenbre-

chen. Da er von der Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus an die ökonomische Entwicklung fest überzeugt war, forderte er die SPD zur theoretischen Revision ihrer offiziellen Ideologie auf. Sie solle bewusst und programmatisch anerkennen, dass sie eine „demokratisch-sozialistische Reformpartei“ sei. Marx hatte die Entwicklung zum Sozialismus hin *wissenschaftlich* aus Bewegungsgesetzen der Geschichte begründet. Für Bernstein war Sozialismus spätestens seit 1901 nur *ethisch* begründbar. Er sei das Ergebnis des Gerechtigkeitsstrebens und der Interessenpolitik der Arbeiter, die sich den Zumutungen des Kapitalismus widersetzen.

Während die Revisionisten gewissermaßen die Parteitheorie an deren Politik anpassen wollten, um Bewegung in die Partei hineinzutragen, suchte die *Partei-Linke* um Rosa Luxemburg nach anderen Wegen zur Überwindung der Handlungsschwäche der SPD. Sie wollte den politischen Massenstreik zum offensiven Kampfmittel des Proletariats machen, scheiterte innerhalb Deutschlands aber vor allem am Widerstand der Gewerkschaften, denen ein erheblicher Teil der Reichstagsabgeordneten der SPD angehörte.

Zur Spaltung der SPD kam es jedoch erst während des Ersten Weltkrieges wegen der Zustimmung der Parteimehrheit zur Landesverteidigung und wegen der sogenannten Burgfriedenspolitik, d.h. also wegen des zeitweiligen Verzichts auf den grundsätzlichen und systematischen Klassenkampf. Dieser Verzicht wurde mit der Hoffnung auf politische Reformen begründet. Die Folge war die Gründung einer neuen Linkspartei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), der sich auch die Spartakusgruppe von K. Liebknecht und R. Luxemburg anschloss.

Auf die Probleme der *Revolution von 1918* und die Schwäche der Mehrheitssozialdemokratie angesichts der komplexen Regie-

rungsaufgaben, die allerdings kaum zu bewältigen waren, kann ich hier nicht näher eingehen. Zu nennen sind hier u.a. die geordnete Überführung der Soldaten in das Zivilleben, die Sicherung der Nahrungsgrundlage, die Erhaltung der Einheit des Reiches. Die Partei war auf die konkreten Probleme des Umsturzes weder theoretisch noch praktisch vorbereitet. Sie stützte sich aus Mangel an geeigneten Persönlichkeiten aus den eigenen Reihen auf die alten Führungskräfte in Verwaltung, Justiz und Armee. Die Führer der MSPD, an ihrer Spitze Friedrich Ebert, waren ausgerichtet auf das Leitbild der parlamentarischen Demokratie und damit im Grunde ihrer Zeit weit voraus. Auch das hat zur damaligen Missachtung Eberts beigetragen.

Die Revolution führte letztlich zur Vertiefung der Spaltung der Arbeiterbewegung in drei Arbeiterparteien: Die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) wurde die wichtigste der Parteien, die die Weimarer Republik stützten. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) verharrte bis zu ihrer eigenen Spaltung und Auflösung in grundsätzlicher Opposition. Die um die Jahreswende 1918/19 gegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) setzte allein auf den (außerparlamentarischen) Druck der Straße. Diese drei Parteien bekämpften einander und blockierten so ihre Einflussmöglichkeiten, woraus die wiedererstehende Rechte ihren Profit zog.

Entsprechend ihrer neuen staatstragenden Aufgabe ging die MSPD in ihrem 1921 beschlossenen *Görlitzer Programm* erheblich vom alten Erfurter Programm ab und zeigte sich nun als Volkspartei, deren Politik auch auf ethische Impulse zurückgehe. Die demokratische Republik, auf deren Boden die Partei stand, wurde nun anstelle der Diktatur des Proletariats als Übergangsphase zum Sozialismus begriffen.

Die zunehmende Zurückdrängung des Einflusses der Sozialdemokratie sowie die Notwendigkeit, nach der Spaltung der USPD mit deren anschlusswilligem rechten Flügel zu einer Einigung zu kommen, führten aber bereits wenige Jahre später zu einer erneuten Veränderung des Programms. Das *Heidelberger Programm von 1925* erhielt wichtige Impulse von zwei ehemaligen USPD-Mitgliedern: Denn das Programm ging letztlich auf Karl Kautsky zurück, der bereits den ersten Teil des Erfurter Programms verfasst hatte. Auch hier ist wieder jener bereits beim Erfurter Programm festgestellte Gegensatz von marxistischer Programmatik in den analytischen Passagen und vielen einzelnen Gegenwartsforderungen festzuhalten, der sich ebenso wie in der Vorkriegszeit lähmend für die Partei auswirkte.

Ein anspruchsvolles Gegenbild zur kommunistischen Theorie des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' war Rudolf Hilferdings *Konzept des „Organisierten Kapitalismus“*, das vom Kieler Parteitag 1927 angenommen wurde. Gemäß diesem Konzept sollte die von Unternehmern betriebene und organisierte Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat gelenkte Wirtschaft verwandelt werden. Diese Gedanken und Forderungen waren von großer Tragweite für die künftigen politischen und ökonomischen Diskussionen, in denen das ursprünglich zentrale Sozialisierungsziel zunehmend hinter Forderungen der Planwirtschaft und der Wirtschaftsdemokratie zurücktrat und damit eine Legitimation für Reformpolitik lieferte.

Die Weltwirtschaftskrise und die Machtübernahme des Nationalsozialismus 1933 schoben jedoch die Möglichkeiten, solche Konzepte zu verfolgen oder gar zu verwirklichen, in weite Ferne. Angesichts von Illegalisierung, Verfolgung und opfervollem Widerstand gegen den Nationalsozialismus traten die Versäumnisse und Fehler der gespaltenen Arbeiterbewegung, die den Na-

tionalsozialismus nicht hatte verhindern können, ins Zentrum programmatischer Diskussionen. In diesen Debatten innerhalb der Sozialdemokratie wurden die Anknüpfung an die *revolutionären* Traditionen und der Wunsch nach Zusammenarbeit auf allen Seiten immer stärker.

Die realen Entwicklungen machten solche Vorsätze jedoch bald zunichte. Der Streit zwischen Exilpartei Vorstand und verschiedenen Linksgruppen und erst recht mit den Kommunisten lebte wieder auf wie eh und je. An die Stelle von Einheits- und Volksfrontüberlegungen trat daher in den sozialdemokratischen Exilkreisen mehr und mehr eine *Besinnung auf liberaldemokratische Traditionen*. Diese sollten im radikaldemokratisch-sozialistischen Sinne weiterentwickelt werden und nach dem Ende der Hitler-Diktatur Grundlage für den Aufbau einer freien Arbeiterbewegung werden, die sich eindeutig von den stalinistischen Entartungen des Sozialismus distanzieren müsse.

Nach dem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands 1945 stimmten die Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone unter starkem sowjetischen Druck im April 1946 einer Verschmelzung mit der KPD zur „*Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*“ (SED) zu. Diese schaltete in der Folgezeit mit ihrer Umbildung in eine leninistische Kaderpartei die restlichen sozialdemokratischen Elemente völlig aus und beherrschte die Geschichte der DDR bis zu deren Sturz durch die „friedliche“ Revolution von 1989.

Ganz anders die Entwicklung in den Westzonen:
Der erste Führer der SPD nach dem Kriege, Kurt Schumacher, war gegen jegliche Zusammenarbeit mit der von der Sowjetunion gesteuerten KPD und dann SED. Weil ohne Demokratie für ihn Sozialismus nicht zu verwirklichen war, lehnte er die alte

programmatische Forderung nach der Diktatur des Proletariats ab. Der Marxismus, seit dem Erfurter Programm entscheidendes Element der sozialdemokratischen Programmatik, besaß für ihn nur in einem begrenzten Umfang Wissenschaftlichkeit, hatte weiterhin eine Bedeutung nur als *eine* Methode zur Erkenntnis und Bewältigung der Probleme der kapitalistischen Gesellschaft. Als *eine* unter verschiedenen möglichen Motivationen für den Sozialismus ließ er ihn neben ethisch-philosophischen wie etwa bei Bernstein und auch religiösen Anstößen, z.B. der „Bergpredigt“, gelten. Zwar sah Schumacher die SPD nach wie vor als „Klassenpartei“, hielt jedoch eine scharfe Klassentrennung aufgrund der technologischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte für soziologisch nicht haltbar. Daher verwandte er sich für die Einbeziehung der Mittelschichten in die Zielgruppe der SPD. In diesen zentralen Fragen konnte er jedoch das Bewusstsein und die Außenwirkung seiner Partei noch nicht nachhaltig verändern. Daher blieb einstweilen das Parteiprofil stark traditionalistisch, bestimmt von Misstrauen gegen Unternehmerschaft, Intellektuelle und Kirchen, die ihrerseits am Feindbild „Sozialismus“ festhielten.

Erst die politischen und sozialen Entwicklungen der nächsten Jahre, die die Blühträume der SPD welken ließen und die Chancen auf Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Partei als ungemein gering erwiesen, führten zu einer Änderung. Nach den schweren Niederlagen der SPD bei den Bundestagswahlen 1953 und erst recht 1957 gegen Konrad Adenauer wurde die Zahl derer immer größer, die sich von den jetzt als Belastung empfundenen Parteitraditionen trennen wollten. Nun wurde die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm, das das überholte Heidelberger Programm von 1925 ablösen sollte, mit großem Nachdruck vorangetrieben. Das Ziel der Partei war, für den Wähler aus der Rolle des ewigen Nein-Sagers, des gesellschaftlich-

politischen Außenseiters herauszutreten und dem Stimmbürger mehr als ein Negativ-Image zu vermitteln.

Das im November 1959 verabschiedete *Godesberger Programm* bot einen hoffnungsvollen Ausweg aus der politischen Sackgasse, in der sich die SPD sah. Dabei handelte es sich in wesentlichen Teilen um die programmatische Festschreibung von Erwägungen und Verlautbarungen der letzten eineinhalb Jahrzehnte, die allerdings nun gebündelt und systematisiert wurden und als für die gesamte Partei verbindlich beschlossen wurden.

Mit dem Godesberger Programm trennte sich die SPD nun *offiziell* und *endgültig* vom Marxismus als Weltanschauung, einem wesentlichen Bestandteil der Parteitradition seit der Zeit des Sozialistengesetzes. Sie trennte sich auch von der Absolutsetzung ganz bestimmter Methoden zur Verwirklichung des Sozialismus, der nun als „dauernde Aufgabe“ definiert wurde. Von *unterschiedlichen* religiösen oder philosophischen Voraussetzungen aus fühlen sich die Sozialdemokraten seitdem gebunden an ethische Impulse, die sogenannten „Grundwerte“. Das sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Aus der Bindung an diese „Grundwerte“ erwachsen für die Sozialdemokraten bestimmte politische, wirtschaftliche und kulturelle „Grundforderungen“.

Dazu zählte vor allem die an die Frankfurter Erklärung der Sozialistischen Internationale von 1951 anknüpfende Feststellung: „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.“ Das bedeutete – wie schon in Weimar – die grundsätzliche Anerkennung des parlamentarisch-demokratischen Rahmens des Bonner Grundgesetzes.

Im wirtschaftlichen Bereich wurde die frühere Hauptforderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel in Godes-

berg nicht ganz aufgegeben. Aber sie blieb nur eines unter mehreren Mitteln, das dann anzuwenden sei, wenn andere Mittel gerechte und freiheitliche Wirtschaftsverhältnisse nicht mehr garantieren könnten. Denn seit Anfang der 50er Jahre hatte sich in der SPD die Erkenntnis durchgesetzt, dass es weniger auf die Eigentumsfrage im eigentlichen Sinne ankomme als vielmehr auf das Instrumentarium zur Kontrolle und Lenkung wirtschaftlicher Großbetriebe und der von ihnen ausgeübten, demokratisch nicht legitimierten politischen Macht: Mittel dazu sollten sein Selbstverwaltung und Dezentralisierung unter weitgehender Mitwirkung der Arbeitnehmer und der Verbraucher.

Das Godesberger Programm erleichterte den Sozialdemokraten eine offensive Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern sowie die nötige Flexibilität in der Diskussion mit anderen gesellschaftlichen Gruppen. Darüber hinaus war es der Ausgangspunkt für eine bedeutsame gesellschaftliche Öffnung der Partei und schuf die Voraussetzungen für die erste Regierungsübernahme durch die SPD im Oktober 1969.

Rapide sich wandelnde politische, wirtschaftliche und kulturelle Gegebenheiten, die Auseinandersetzungen mit den Neuen sozialen Bewegungen und schließlich der Verlust der Regierungsmacht 1982 verstärkten die seit langem bestehenden Überlegungen und Vorarbeiten für ein neues Grundsatzprogramm. In einem breiten Diskussionsprozess ohnegleichen – auch mit kritischen Stimmen von außerhalb der Partei – ging es nicht um einen Abschied von Godesberg, sondern auf dieser Basis um eine Selbstverständigung über Probleme, die 1959 noch nicht oder so noch nicht gegeben waren.

Das neue *Berliner Programm* wurde 1989 mitten im deutschen Einigungsprozess verabschiedet. Zentral ist darin vor al-

lem die Herausstellung eines neuen Fortschrittsbegriffs. Dieser ist nicht wie bislang bloß quantitativ auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet, sondern qualitativ auf ökologische Erneuerung als Prinzip ökonomischen Handelns und auf Verbesserung der Lebensqualität. Die technische Entwicklung wird nun nicht mehr als Produkt von Sachzwängen, als autonomer Prozess, begriffen, sondern als Ergebnis gesellschaftlich-politischer Willensbildung und Entscheidung unter breiter Beteiligung der Bürger. Fortschritt ist nur noch global zu erreichen, nicht national, und das Gesamteuropäische Haus und die Verbundenheit mit den Völkern der Dritten Welt werden stark herausgestellt. Frieden wird nicht nur als Abwesenheit von Krieg verstanden, sondern umfasst Zusammenarbeit aller Völker auf den Feldern von Ökonomie und Ökologie, Kultur und Menschenrechten.

Die Begriffe Kultur und Arbeit werden wesentlich weiter gefasst als bisher. Über die Förderung einzelner Kulturgüter hinaus wird eine neue Kultur des Zusammenlebens gefordert. Und Arbeit wird nicht nur als Erwerbsarbeit verstanden, sondern ebenso als Familienarbeit, Hausarbeit, Eigenarbeit. Jede Frau und jeder Mann sollten sich an allen Fronten der Arbeit gleichermaßen bewähren und durch Reduzierung des Erwerbsarbeitstages auf 6 Stunden Zeit für ehrenamtliche Tätigkeit und kulturelle Teilhabe gewinnen. Ein ganz besonderes Anliegen des Berliner Programms ist die echte Gleichberechtigung von Mann und Frau auf allen Gebieten, denn es war überdeutlich geworden, dass die von den Sozialdemokraten 1919 in der Weimarer Verfassung durchgesetzte juristische Gleichheit von Mann und Frau – einschließlich des bereits 1875 geforderten Wahlrechts für Frauen – nicht ausreicht.

Bevor ich auf die aktuelle programmatische Entwicklung zu sprechen komme, möchte ich einen summarischen Blick zurück werfen:

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie kann gelesen werden als eine Geschichte der Aufnahme und Abstoßung Marxscher bzw. marxistischer Ideen, die bereits in der Anfangsphase, im Kommunistischen Manifest, dem Programm des geheimen „Bundes der Kommunisten“, den Ton angaben. In der Auseinandersetzung mit radikaldemokratischen Forderungen und Lassalleschen Ideen setzten sie sich schließlich 1891 auf der ganzen Linie im Erfurter Programm durch. Nach der Revolution von 1918 kam im Görlitzer Programm von 1921 eine revisionistische Ernüchterung zum Ausdruck, die nach der Vereinigung mit der Rest-USPD 1925 im Heidelberger Programm wieder einer stärker marxistischen Ausrichtung Platz machte. Schon in der Weimarer Zeit trat die Demokratie an die Stelle der Diktatur des Proletariats als Übergangsphase zur anvisierten sozialistischen Gesellschaft. Nach Hitler-Diktatur und Zweitem Weltkrieg sowie nach langen Jahren der Diskussion vollzog die SPD schließlich 1959 in Bad Godesberg endgültig den Abschied vom Marxismus. Seitdem definiert sie sich als reformorientierte Volkspartei auf der Basis von ethisch fundierten Grundwerten. Das Berliner Programm von 1989 versuchte schließlich eine Synthese der Ideen der alten und der neuen sozialen Bewegungen, also der alten Sozialdemokratie und der Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung.

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie seit der Revolution von 1848 ist in Programmatik und Praxis auch ein wichtiger Teil der langen und nie endenden Auseinandersetzung um eine freie und gerechte Ordnung von Staat und Gesellschaft in Deutschland.

Die Sozialdemokratie hat nicht nur Kontinuität *im* Wandel bewiesen, sondern hat *durch* Wandel ihr Selbstverständnis und ihre Funktion in wechselnden politischen Systemen zu erhalten gesucht.

In all den verschiedenen Phasen hat die SPD mit jeweils aktuellen Forderungen und Grundsatzprogrammen immer wieder auf neue Probleme der Zeit unterschiedlich reagiert - in der Klassengesellschaft als Klassenpartei, in der sich herausbildenden offenen Bürger- oder Zivilgesellschaft zunehmend als Volkspartei -, immer aber auf dem festen Fundament von beständigen Grundüberzeugungen und Grundwerten.

Das Godesberger Programm hat diese Grundwerte in Anlehnung an die Französische Revolution in den Dreiklang *Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität* gefasst. Jede Zeit musste, muss und wird diese Grundwerte in Würdigung der langen sozialdemokratischen Tradition für sich neu definieren und sie mit neuem Leben erfüllen. So schrieb Willy Brandt im Mai 1969 an die Parteimitglieder:

„Tradition (heißt) nicht, Totes aufbahren, sondern Lebendes am Leben erhalten – nicht Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen halten.“

Bei allem Wandel von der Klassenpartei zur Volkspartei in wechselnden historischen Kontexten hat die SPD es immer als ihre Aufgabe angesehen, Partei zu ergreifen für die arbeitenden Menschen und für die sog. *Kleinen Leute*, für die *Unterprivilegierten und Randgruppen*, deren Anspruch auf *Gerechtigkeit und Solidarität* sie zu verwirklichen sucht. Sie hat sich immer als *Partei der sozialen Gerechtigkeit* gesehen. Nicht nur die Wahrung ihrer ökonomischen Interessen, sondern auch die Verteidigung ihrer *Menschenrechte* und ihrer *Menschenwürde* standen allezeit auf dem Banner der Sozialdemokratie. Dabei zog diese in der Regel an einem Strang mit den Freien Gewerkschaften, später der Einheitsgewerkschaft, ohne dass selbstverständlich von Zeit zu Zeit – wie auch heute oft – Reibungen bei der Auslegung des Allgemeinwohls und erst recht bei der Suche nach Wegen zu seiner Verwirklichung ausgeblieben wären.

Wenn wir heute in die frühen Programme der Sozialdemokratie hineinschauen, so stellen wir fest: Vieles, was seiner Zeit gefordert worden ist und damals nicht einmal als „konkrete Utopie“ erschienen ist – politisch, wirtschaftlich, sozial –, ist längst Wirklichkeit geworden. Aber: Über manche Forderung, z.B. die nach Produktivgenossenschaften mit Staatskredit, ist die Zeit einfach hinweggegangen. Andere Problemstellungen haben sich völlig geändert.

Wer wüsste z.B. heute noch, dass die Sozialdemokraten ursprünglich der Bismarckschen Sozialversicherung, die die ersten Voraussetzungen für unseren Sozialstaat gelegt hat, sehr kritisch gegenüberstanden – nicht, weil die SPD die sozialen Risiken und Gefährdungen der unteren Schichten verkannt hätte, sondern weil der Reichskanzler damit im Rahmen seiner Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ die eigenständigen, selbstbestimmten Versicherungsvereine der Arbeiter aushebeln wollte, um damit der Sozialdemokratie einen Teil ihrer Basis zu nehmen.

Zu dieser Zeit wollten die Sozialdemokraten also durchaus das Moment der *Selbsthilfe* betont wissen, denn die Mitwirkung des ihnen oft genug feindlich gegenüberstehenden Staates und der Unternehmer als Klassengegner an der Sicherung ihrer Lebensrisiken war ihnen durchaus verdächtig. Allerdings lernten die Sozialdemokraten bis zum 1. Weltkrieg die staatliche Sozialversicherung sehr schätzen und wirkten darüber hinaus in der Folgezeit aktiv in ihrer Selbstverwaltung und an ihrem Ausbau mit.

Heute sieht sich die Sozialdemokratie im Zeitalter der Globalisierung genötigt, das Steuerrad wieder etwas herumzudrehen – als Folge rapide gesunkener Geburtenzahlen und vor allem als Folge enorm gesteigerter, noch vor wenigen Jahrzehnten kaum zu ahnender Ansprüche an unseren Sozialstaat, von dessen Aus-

maß und Reichweite erst recht in der Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie niemand zu träumen gewagt hätte. Hatte früher in der Regel das Problem der Verteilungsgerechtigkeit im Vordergrund gestanden, so steht heute zunehmend der Versuch einer Schaffung von Voraussetzungen für Chancengerechtigkeit im Zentrum der Bemühungen.

Die SPD sieht sich seit ihren Anfängen als *Partei der Freiheit*. Diese Freiheit hat die Sozialdemokratie ohne irgendeinen Bruch in ihrer gesamten Entwicklung, auch in aussichtslosen Kämpfen, verteidigt, z. B. gegen die Nationalsozialisten – zu erinnern ist etwa an die mutige Rede des Parteivorsitzenden Otto Wels gegen Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ am 23. März 1933. Für dieses Eintreten für die Freiheit hat die SPD – in Deutschland und im Exil – viele Opfer gebracht.

Zu erinnern ist natürlich auch an die Opfer der SED-Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR.

Nie hat die deutsche Sozialdemokratie der totalitären Verführung – sei es durch Nazis oder Kommunisten – nachgegeben. Für sie war Sozialismus immer nur als *demokratischer* Sozialismus denkbar. Alles andere war für die Sozialdemokratie immer nur eine Perversion der Idee des Sozialismus, auch die sog. „Volksdemokratie“ in der DDR.

Wenn die SPD sich seit ihren Anfängen als Partei der Freiheit sieht, so gilt dies gemäß Willy Brandt in einem doppelten Sinne, nach innen als Freiheit von Unterdrückung und als Freiheit von Not. Es gilt aber auch nach außen im Sinne einer freien, unabhängigen Nation, deren staatliche Verwirklichung zur Zeit der Gründung der Sozialdemokratie ja noch ausstand und von ihr sehnlich erstrebt wurde. Deutschland war damals ja noch ein Flickenteppich von zahlreichen unterschiedlich großen Herrschaftsgebieten.

Für die gesamte frühe deutsche Arbeiterbewegung bildeten Demokratie und demokratischer Sozialismus *mit* Nationalismus im Sinne von Patriotismus eine dialektische Einheit. Jeder der drei Faktoren war nur mit den beiden anderen zugleich zu verwirklichen. Das wird oft übersehen. Erst durch Bismarcks Sozialistengesetz wurden die deutschen Sozialdemokraten aus der nationalen Gemeinschaft herausgedrängt und zu „vaterlandslosen Gesellen“ erklärt, obwohl ein intensives nationales Empfinden die sozialdemokratischen Arbeiter prägte.

Die deutsche Sozialdemokratie verstand sich von je her nicht nur als eine Partei der Freiheit, der Gerechtigkeit und Solidarität, sondern auch als eine *Partei des Friedens*, allerdings *nicht* des grundsätzlichen Pazifismus. Als Beispiel verweise ich auf die Politik der SPD im August 1914, als ihre Reichstagsfraktion den Kriegskrediten zustimmte. Denn sie glaubte, es handele sich um einen Krieg zur *Verteidigung des Vaterlandes* gegen den Zarismus, nicht jedoch um einen Angriffskrieg. Dass diese Einschätzung auf einer Täuschung durch die Herrschenden beruhte, zeigte sich erst nach und nach. Heute sehen wir da klarer – auch in aktuellen Krisensituationen wie dem Irak-Krieg, wo die politischen Manipulationsmöglichkeiten besser zu durchschauen sind.

Willy Brandt hat zum 100. Jahrestag des Sozialistengesetzes 1978 gesagt:

„... wir sind stolz auf unsere Geschichte und auf den Dienst an unserem Volk: Dies ist der Weg, der von der kleinen belächelten Minderheit zur großen fortschrittlichen Volkspartei führte. Vom rechtlosen Proletarier zum gleichberechtigten Staatsbürger. Vom begrenzten Männerwahlrecht zum Wahlrecht für alle. Vom Obrigkeitsstaat zum Bürgerrecht auf Mitwirkung, auch auf Mitbestimmung. (...) Es ist gut, sagen zu können, dass wir uns treu

geblieben sind – vom Widerstand gegen die Unfreiheit bis zur aktiven Sicherung von Freiheit.“

Wie geht es nun programmatisch weiter in der SPD? Kurz nach Annahme des Berliner Programms von 1989 waren Teile davon bereits durch die Überwindung der deutschen und der europäischen Spaltung und durch die Auflösung der Blöcke in Ost und West schon überholt. Zugleich ist die Globalisierung seitdem rasant vorangeschritten. Innenpolitisch ist die Brisanz der demografischen Entwicklung, die lange Zeit auch von der Sozialdemokratie verkannt worden ist, in das Bewusstsein aller getreten. Ebenso sehen wir uns nun mit der Auflösung der Industriegesellschaft einem umfassenden Wertewandel gegenüber. Wie reagiert die Sozialdemokratie darauf? Seit Jahren diskutiert sie über ein neues Grundsatzprogramm.

Nun liegt – nach mehreren vorangegangenen Anläufen – ein Programmentwurf vor, der auf dem Hamburger SPD-Parteitag im Oktober 2007 zur Diskussion ansteht. Er hält fest am Leitbild einer sozialen Demokratie mit – das ist neu – *grundrechtlich* garantierter Teilhabe für alle in einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft. Er stellt unter dem Titel „Unsere Ziele, unsere Politik“ neun Politikfelder heraus:

- „Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung
- Das soziale und demokratische Europa
- Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat
- Die Gleichheit der Geschlechter
- Neue Wertschöpfung und gute Arbeit
- Der Vorsorgende Sozialstaat
- Bildung in der lernenden Gesellschaft
- Kinder und Familien stärken
- Nachhaltiger Fortschritt“

Besonders die Forderung nach dem Vorsorgenden Sozialstaat

zeigt, dass sich die SPD nicht, wie ihr gelegentlich vorgehalten wird, zur neoliberalen Volkspartei entwickelt. Der zur Zeit diskutierte Programmentwurf ist eindeutig *nicht* neoliberal. Er befürwortet *im Gegenteil* einen starken Staat, um die sozialen Rechte des Bürgers gegenüber Tendenzen der Globalisierung zu garantieren. Wie der Parteivorsitzende Kurt Beck am 11. Juni 2007, die Profilierung der SPD im Blick, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ausführte, ist es die Union, die Neoliberalismus praktiziere, eine „Ideologie ohne Erdung“, und das „Wegducken vor den sozialen Herausforderungen unserer Zeit ist symptomatisch für eine Schwundform des Liberalismus, die politische Freiheit mit Privatisierung verwechselt. Einen Beitrag leisten – das ist das erste Gesetz der Solidarität“.

Lässt sich ein solches Denken in einer Großen Koalition umsetzen? Und genügt es, um Anhänger und Wähler zurückzugewinnen, die zu der neuen Partei „Die Linke“ abgewandert sind, die die sozialdemokratische Tradition auch für sich reklamiert?

Literatur

Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Herausgegeben und eingeleitet von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach(†). Mit den [2004] aktuellen Programmentwürfen im Anhang, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn 2004, 672 S.

Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Januar 2007.